

Gemeinsame Pressemitteilung des Landesheimrats Hessen, des Landesheimrats Bayern, Jugend vertritt Jugend NRW, des Landesjugendhilferats Rheinland-Pfalz und des Kinder- und Jugendhilfelandesrats Brandenburg

Zweites Bundesnetzwerktreffen der Interessenvertretungen der Erziehungshilfe

Vom 19.02.-21.02.2021 trafen sich die bestehenden landesweiten Interessenvertretungen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe zu ihrem zweiten Netzwerktreffen auf Bundesebene.

Der Landesheimrat Hessen hatte eingeladen. Der Einladung folgten der Landesheimrat Bayern, Jugend vertritt Jugend aus Nordrhein-Westfalen, der Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz und der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg. 35 junge Menschen der einrichtungsübergreifenden Interessenvertretungen arbeiteten gemeinsam an den Themen, die für sie wichtig sind. Die Themen wurden im Vorfeld durch die jungen Menschen abgestimmt und mit Inhalten gefüllt. Von der Themenerarbeitung über die Moderation der einzelnen Workshops bis hin zur Ergebnissicherung sahen sich die jungen Menschen in der Verantwortung und übernahmen diese während der gesamten Tagung

Folgende Themen wurden von den jungen Menschen bearbeitet: In einem Workshop ging es um die Auswirkung der Pandemie auf den Lebensalltag der jungen Menschen, zwei Workshops befassten sich mit den Themen Kostenheranziehung und finanzielle Ausstattung der stationären Erziehungshilfe. Außerdem gab es einen Workshop zu Sexualität und Gender und einen Workshop mit dem Themenschwerpunkt Careleaver. Ein Thema, das in allen Workshops immer wieder auftauchte, waren die zu erwartenden Veränderungen durch die SGB VIII Reform. Dabei sind die Änderung der Kostenheranziehung, die Stärkung der Selbstvertretungen und der Careleaver von zentralem Interesse gewesen.

Die Corona Pandemie wirkt sich auf junge Menschen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe auf vielfältige Weise aus. Ein wichtiger Punkt für die jungen Menschen ist die häufig mangelhafte digitale Ausstattung von Wohngruppen. Diese führt beispielsweise zu einer Benachteiligung im Zusammenhang mit Homeschooling. Die standardmäßige Finanzierung von Ausstattung mit entsprechenden Endgeräten und technischen Voraussetzungen in Einrichtungen ist hier dringend notwendig.

Ein weiteres Thema ist die Kostenheranziehung. Die geplante Absenkung auf 25 % wird zwar als positives Signal gewertet, aber nach wie vor als ungerecht erlebt. Darüber hinaus entstehen Ungerechtigkeiten dadurch, dass Jugendämter unterschiedlich mit der Umsetzung der Regelung umgehen. Das muss dringend behoben werden. Die Vertreter*innen aus allen fünf Bundesländern fordern eine gänzliche Abschaffung der Kostenheranziehung junger Menschen der stationären Kinder- und Jugendhilfe.

Im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe bezüglich der persönlichen Gelder (Taschengeld, Verpflegungsgeld, Freizeit, Kosmetik etc...) wurde die mangelnde Transparenz der Höhe und Nutzungsmöglichkeiten, sowie die fehlende Anpassung an Inflation und Steigerung von Lebenshaltungskosten kritisiert.

Am Samstag nahm Herr Norbert Müller (MdB) als Mitglied der Kinderkommission im Bundestag als Gast am Bundestreffen teil. Die jungen Menschen hatten viele Fragen an ihn. Das Interview mit ihm wurde von den jungen Menschen vorbereitet und geführt. Von seiner Haltung zur Kostenheranziehung über die digitale Ausstattung, die Stellung der Fachkräfte der stationären Kinder- und Jugendhilfe in der Impf- und Teststrategie des Bundes und die Unterstützung der

Interessenvertretungen konnte viel mit ihm besprochen werden. Herr Müller sagte den jungen Menschen zu, ihre Themen im Bundestag anzubringen und ermutigte sie, in der aktuellen Debatte zur SGB VIII Reform Einfluss zu nehmen und Bundestagsabgeordnete mit ihren Themen zu konfrontieren.

Am Sonntag ging es im Workshop Sexualität/Gender vorrangig um den Schutz der Privatsphäre und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der jungen Menschen in den Einrichtungen. Hier wurde deutlich, dass das Thema Sexualität nicht in allen Einrichtungen mit Offenheit begegnet wird und zum Teil starke Einschränkungen und Verbote vorhanden sind.

Der Workshop Careleaver beschäftigte sich mit den Herausforderungen, mit denen sich die jungen Menschen nach dem oft abrupten Ende einer Jugendhilfemaßnahme konfrontiert sehen.

In den Workshops wurde deutlich, dass viele der angesprochenen Themen die jungen Menschen unabhängig vom Bundesland, in dem sie leben, betreffen. Es ist gemeinsames Engagement erforderlich um Veränderungen anzustoßen. Die teilnehmenden Interessenvertretungen stimmen sich im Nachgang der Veranstaltung zu diesen Themen ab und erarbeiten ein gemeinsames Statement, in dem die drängendsten Forderungen aufgearbeitet werden.

Beindruckend war, wie engagiert, kompetent und interessiert die jungen Menschen sich im digitalen Raum mit ihren Themen auseinandersetzen, austauschten und Forderungen formulierten. Das Engagement geht über das Bundestreffen hinaus. So wird bereits die Teilnahme am Deutschen Jugendhilfetag vorbereitet, um auch dort Themen zu setzen. Das nächste Bundesnetzwerktreffen ist bereits in der Planung. Im Jahr 2022 wird Brandenburg zum Bundestreffen einladen und baut hier im Sinne der Stärkung der Selbstvertretungen auf die Unterstützung des Bundesministeriums.